

Steuerung und Forschung im Feld der Erwachsenenbildung im Wandel der Zeit

REGINA BARTH

Öffentliche Verwaltung ändert sich in ihrem Auftrag anscheinend langsam. Blickt man jedoch einige Jahre oder gar Jahrzehnte zurück, so sieht man letztlich aber doch, wie unterschiedliche Akteure bei der Bearbeitung von Aufgaben im öffentlichen Interesse zusammenarbeiten, oder welche neuen Rollenteilungen sich herauskristallisieren.

Auch für das Feld der Erwachsenenbildung und deren bundesstaatliche (Mit-)Steuerung, die hier rückblickend betrachtet wird, lässt sich dies exemplarisch am Zusammenwirken der Abteilung Erwachsenenbildung im Bildungsministerium und dem Österreichischen Institut für Berufsbildungsforschung (ÖIBF) zeigen.

Zunächst fällt auf, dass die beiden Einrichtungen wohl Kinder derselben Zeit zu sein scheinen, denn die Gründungsphase des ÖIBF am Beginn der 1970er Jahre fällt in das gleiche Zeitfenster, in dem in der österreichischen Bundesverwaltung die Abteilung Erwachsenenbildung etabliert sowie das Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens aus Bundesmitteln (1973) verabschiedet wurde. Vor dem Hintergrund einer gesamtgesellschaftlichen Aufbruchstimmung, die in allgemeiner Bildungsexpansion ihren unmittelbaren Ausdruck fand, zeigen sich also auch Institutionalisierungen und Zusammenschlüsse (etwa die KEBÖ-Gründung 1972) und Kooperationen im Feld der Österreichischen Erwachsenenbildung. Neben einem klassischen Auftraggeber-Auftragnehmer-Verhältnis zeigen sich in der Folge zunehmend unterschiedliche Formen des Zusammenwirkens zwischen Bundesverwaltung, Praxis und Forschung. Aus Anlass des 50-jährigen Bestandsjubiläums des Österreichischen Instituts für Berufsbildungsforschung sollen blitzlichtartig Beispiele für das Zusammenwirken gewürdigt werden.

Ganz zu Beginn dieser Zusammenarbeit war dies die Ausrichtung der jährlichen ÖIBF-Jahrestagungen am Bundesinstitut für Erwachsenenbildung in St. Wolfgang, die seit den frühen 1970er Jahren bis in die 1990er Jahre zum fachlichen Austausch zwischen Bildungspraxis, -forschung und -politik Anlass boten. Hier stellten sich Minister*innen, Spitzenrepräsentant*innen der Sozialpartnerorganisationen, Forscher*innen und auch Fachleute aus der öffentlichen Verwaltung und der Bildungspraxis ein und pflegten den fachlichen Austausch zu aktuellen Themen der Bildungslandschaft.

Neben oder wohl auch aufbauend auf diesen Austauschen zeigen sich noch weitere Formen des Zusammenwirkens zwischen außeruniversitärer Forschung am ÖIBF und der bundesstaatlichen Erwachsenenbildungspolitik. In diesem Zusammenhang ist besonders die internationale Bildungsberichterstattung zum Stand und zu Ent-

wicklungen in der Erwachsenenbildung zu erwähnen, die sich durch den zunehmenden Blick auf Lernprozesse über die gesamte Lebensspanne über die Jahre hinweg intensiviert haben. So ist die Rolle der Erwachsenenbildung in der Perspektive des lebensbegleitenden Lernens sowohl im Zuge der nationalen Konsultation zum Memorandum für lebenslanges Lernen der EU (2000–2001) und der entsprechenden Berichterstattung, der Länderprüfung der OECD zur Erwachsenenbildung (2003–2004) sowie im Vorfeld der 6. Internationalen Konferenz zur Erwachsenenbildung (CONFINTEA VI) 2009 in Brasilien stetig gewachsen, das ÖIBF ist dabei wesentlich in die Berichterstellung sowie die Vor-Ort-Besuche der Delegationen eingebunden gewesen.

Dass sich die Kooperationen jedoch nicht auf reines Berichtswesen beschränkt haben, zeigen Umsetzungen von erwachsenenbildungspolitisch zentralen Initiativen in den letzten Jahrzehnten. Ausschnitthaft sind hier in chronologischer Folge besonders hervorzuheben:

- die wissenschaftliche Begleitung der Implementierung und die laufenden Anpassungen der 1997 gesetzlich eingeführten Berufsreifeprüfung, die neben der Schaffung von verbesserter Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung sich besonders dadurch auszeichnet, dass hier anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung erstmals die Abnahme von staatlichen Prüfungen (sogar auf Reifeprüfungsniveau!) zugestanden wurde.
- Anknüpfend an die Europäischen Initiativen zur Stärkung des lebensbegleitenden Lernens in den Mitgliedstaaten wurden in mehreren Etappen Expert*innenpapiere, Konsultationen und letztlich eine österreichische Gesamtstrategie entwickelt, die durch Konsortien wissenschaftlicher Einrichtungen umgesetzt oder begleitet wurden, in denen das ÖIBF durchgängig eingebunden war. Dies setzte sich auch in den in weiterer Folge strukturierten Umsetzungsprozessen und Gremien der Strategie fort.
- Der Umstand, dass es auch in Österreich wie in allen anderen Ländern einen relevanten Anteil an Personen gibt, die über nicht ausreichende Basisbildung und/oder über keinen positiven Abschluss der Pflichtschule verfügen, hat beginnend mit Einzelprojekten in der Erwachsenenbildung, die seitens des Bildungsministeriums gefördert wurden, letztlich zu einer fachlichen und strukturellen Innovation für Österreich geführt. So wurde ausgehend von umfänglichen Entwicklungsarbeiten zwischen dem Bund und den Ländern sowie unter Einbindung wissenschaftlicher Expertise (abermals mit Expert*innen aus dem ÖIBF-Team) ein neuartiges bundesweites Förderprogramm entwickelt (Initiative Erwachsenenbildung), das nunmehr seit 2012 auf vertraglicher Grundlage zwischen den Gebietskörperschaften eine nachhaltige Angebotsbereitstellung sichert, die für die Teilnehmer*innen kostenlos ist und bundesweit einheitliche Qualitätsstandards aufweist.
- Last but not least sind hier die seit 2006 erfolgten Analysen und laufenden Entwicklungsarbeiten zum Nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) zu nennen, die mit der Verabschiedung des NQR-Gesetzes 2016 auch für die Erwachsenenbildung besonderes Innovationspotenzial haben. Denn die dortigen Bestim-

mungen, dass neben den Abschlüssen des formalen Bildungswesens im Österreichischen NQR auch Abschlüsse des non-formalen und informellen Lernens darstellbar sein sollen, bietet für Angebote aus dem Bereich der Erwachsenenbildung vielfältige Möglichkeiten und Chancen. Dass das ÖIBF hier im Entwicklungsprozess involviert war und nunmehr auch als seitens des Bildungsministeriums autorisierte NQR-Servicestelle an Schlüsselstellen eingebunden war, stellt sich als logische Entwicklung dar.

Neben den großen gesetzlichen oder programmatischen Initiativen gibt es aber auch vielfältige, oftmals aus dem Feld der Erwachsenenbildung selbst heraus oder im Rahmen von Förderprogrammen angestoßene Entwicklungen. Auch dafür können Beispiele genannt werden, die unter maßgeblicher Einbindung von Forscher*innen am ÖIBF vorbereitet, mitgestaltet oder gar geprägt wurden:

- So wurden seitens des ÖIBF gemeinsam mit Professorin Gruber (zunächst Universität Klagenfurt, dann Graz) mit dem Jahr 2000 beginnend Arbeiten vom Bildungsministerium (zum Teil auch mit Kofinanzierung durch den ESF) zur Stärkung der Nachfrage am Weiterbildungsmarkt gefördert, die letztlich zu einem wegweisenden Kooperationsvorhaben der Qualitätssicherung in der Österreichischen Erwachsenenbildung beigetragen haben. Mit der letztlichen Schaffung des Qualitätsrahmens für die Erwachsenenbildung in Österreich (Ö-Cert) ist seit dem EB-Förderungsgesetz aus 1973 nicht nur wieder eine breite Kooperationsbasis zwischen allen Ländern und dem Bund in Sachen Erwachsenenbildung gelungen, sondern auch Verwaltungsvereinfachungen, erhöhte Transparenz für Bildungseinrichtungen und Bildungsinteressierte sowie eine international wahrgenommene Praxis in der Steuerung von Erwachsenenbildung.
- Im Rahmen des Kooperativen Systems der Erwachsenenbildung wurde beginnend mit 2007 ein international sehr interessiert beobachtetes Vorhaben im Rahmen der Professionalisierung der Erwachsenenbildung begonnen: die Weiterbildungsakademie. Das ÖIBF hatte hier beginnend bei einer Machbarkeitsstudie (2006) über die wissenschaftliche Begleitung von Weiterentwicklungen (Lernergebnisorientierung u. a.) bis hin zur formalen Rolle der (erfolgreichen) Einreichung eines Zuordnungsersuchens des WBA-Zertifikats zum Niveau fünf des NQR (2020) hier wiederkehrend Beiträge geleistet.
- Besonders intensive Zusammenarbeit hat sich zwischen der Abteilung Erwachsenenbildung und dem ÖIBF-Team im Themenfeld der Bildungs- und Berufsberatung für Erwachsene entwickelt. Beginnend bei Koordinationsaufgaben für geförderte Einzelvorhaben und spezialisierte Einrichtungen im gesamten Bundesgebiet wurde im Zuge von mehreren Förderinitiativen ein bundesweites Netzwerk von Landesnetzwerken aufgebaut, das neben Fragen der Qualifizierung von Berater*innen, Qualitätssicherung von Beratungsangeboten, Entwicklung neuer Beratungsformate (online, Kompetenzberatung) und einer bundeseinheitlichen Dokumentationspraxis von Beratungsleistungen noch vielfältige weitere gemeinschaftliche Entwicklungen und strategische Kooperationen befördert. So wurde

in manchen Phasen mit nahezu 100 unterschiedlichsten Einrichtungen (Beratungsstellen, strategische Partner, zielgruppenaufschließende Einrichtungen u. a.) ein fachlich begründetes und abgestimmtes kostenloses Beratungsangebot im gesamten Bundesgebiet ermöglicht. Hinzu traten einzelne internationale Kooperationen (etwa ein mehrjähriger fachlicher Austausch mit der Bildungsberatung in Berlin) oder thematische Schwerpunktsetzungen (Beratung für Geflüchtete), die auf die gut etablierten Strukturen der Initiative „Bildungsberatung Österreich“ aufsetzen konnten.

In Summe zeigt sich also über die „gemeinsamen“ 50 Jahre der bundesstaatlichen Erwachsenenbildung und die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten am ÖIBF ein gedeihliches Miteinander, das substanzielle Beiträge zur Verstetigung, Professionalisierung und Innovation in der österreichischen Erwachsenenbildung ergeben hat. Auch wenn in diesem Rückblick ablesbar ist, dass hier viel gelungen ist, ist nicht zu erwarten, dass damit alle aktuellen oder gar künftigen Herausforderungen in der Erwachsenenbildung gelöst oder diese einer strukturierten Bearbeitung zugeführt sind. Insofern bleiben für ein künftiges Zusammenwirken von Erwachsenenbildungspolitik und wissenschaftlich fundierter Forschung und Entwicklung gewiss noch Projekte und Vorhaben übrig, die in den kommenden Jahren oder Jahrzehnten zur Bearbeitung anstehen. Es sind ja hoffentlich nicht immer krisenhafte Entwicklungen (wie zuletzt eine Blitzbefragung zur Lage der Erwachsenenbildung während der pandemiebedingten Maßnahmen, die vom ÖIBF gemeinsam mit der Universität Klagenfurt mit finanzieller Unterstützung der Abteilung Erwachsenenbildung durchgeführt wurde), sondern – beispielsweise im Zusammenhang mit der Validierung von früheren Lernleistungen und Erfahrungen von Erwachsenen als Grundlage biografieorientierter Bildungsarbeit oder eines Nachweises für formale Anerkennung – noch viele interessante Vorhaben im Interesse der erwachsenen Lernenden in Österreich zu konzipieren, umzusetzen und hinsichtlich ihrer Wirkungen zu beobachten.